

RESSORTBERICHT

Ressortinhaberin: Regierungsrätin Rita Kieber-Beck

Neben verschiedenen internationalen und regionalen Aktivitäten bildeten im Bereich Familie die Erarbeitung des Kinder- und Jugendgesetzes sowie die Beantwortung des Postulates über die Familienförderung sowie die Umsetzung der darin genannten Massnahmen Schwerpunkte.

Im Bereich Chancengleichheit stand das «Europäische Jahr der Chancengleichheit für alle» im Mittelpunkt.

Mit dem Kinder- und Jugenddienst des Amtes für Soziale Dienste sowie der Stabsstelle für Chancengleichheit fand betreffend diverser nachstehender Themen ein reger Austausch statt.

Familie

Kinder- und Jugendgesetz

Im April-Landtag wurde auf die Gesetzesvorlage nicht eingetreten. In der Folge wurde eine Analyse der Eintretensdebatte erarbeitet und Überlegungen zum weiteren Vorgehen diskutiert.

Postulat über die Familienförderung

Die Beantwortung des Postulates über die Familienförderung wurde in der Landtagssitzung vom 19. September des Berichtsjahres debattiert und einhellig abgeschlossen. In der Postulatsbeantwortung wurde die Position der Regierung in der Familienpolitik dargestellt und es wurden Handlungsfelder aufgezeigt.

Im Rahmen der Beantwortung des Postulats über die Familienförderung wurde eine Umfrage durchgeführt, um die relevanten, zukunftsgerichteten Meinungen der Liechtensteiner Wohnbevölkerung zum Thema Familie und Familienpolitik zu eruieren. Die wissenschaftliche Aufarbeitung und Kommentierung wurde am 5. Juli der Presse vorgestellt.

In der Beantwortung des Postulats über die Familienförderung werden Handlungsfelder der Regierung genannt: Finanzielle Entlastung von Familien; Familiengeld und Elternurlaub; Schaffung von bedarfsgerechten Tagesstrukturen, Tagesschulen und ausserhäusliche Betreuung; Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit; Familienrat. Zu diesen Handlungsfeldern wurden von der Regierung verschiedene familienpolitische Massnahmen vorgeschlagen und überprüft, welche sich in der Ausarbeitung befinden.

Schaffung von bedarfsgerechten Tagesstrukturen

Das Projekt ausserschulische Tagesstrukturen soll die Betreuung für Kinder ab 4 Jahren neben den ordentlichen Schulzeiten in den Kindergärten und Primarschulen verbessern. Nach diversen Vorarbeiten und Gesprächen wurde bis Dezember des Berichtsjahres das Konzept ausserschulische Tagesstrukturen erarbeitet, welches in den Gemeinden Triesen und Eschen jeweils

ein Pilotprojekt und darüber hinaus auch eine Vergütung von rund 40 % für Kinder ab 4 Jahren für den normalen KiTa-Betrieb des Vereins Kindertagesstätten Liechtenstein vorsieht.

Chancengleichheit

Europäisches Jahr der Chancengleichheit

Die Europäische Kommission hatte das Berichtsjahr zum «Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle» erklärt. Unter dem Motto «Für Vielfalt! Gegen Diskriminierung!» beteiligte sich Liechtenstein mit einer Reihe von Projekten. Insgesamt wurden von zehn liechtensteinischen Institutionen Aktivitäten durchgeführt, nahmen über 2000 Personen an 15 Veranstaltungen teil, wurden rund 60 Zeitungsartikel veröffentlicht und 120 Radiospots ausgestrahlt. Darüber hinaus wurden Studien zu den Themen Altersdiskriminierung, Homosexualität, Armut sowie die gesellschaftliche Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen durchgeführt.

KMU Handbuch

Mit Genehmigung des Eidgenössischen Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) hat das Ressort Familie und Chancengleichheit das im Frühjahr des Berichtsjahres herausgegebene KMU-Handbuch übernommen und mit Liechtenstein spezifischen Seiten ergänzt. Das KMU-Handbuch enthält Informationen und Anregungen für Klein- und Mittelbetriebe zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Aus Liechtenstein werden vier Beispiele erfolgreicher Unternehmen vorgestellt, welche ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besonders familienfreundliche Arbeitsbedingungen anbieten. Das KMU-Handbuch liess man rund 170 Interessenten zukommen.

Umsetzung der Aktionsplattform im Fürstentum Liechtenstein 2007 – Massnahmenkatalog

Der zehnte Umsetzungsplan zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann, zur Integration von Ausländerinnen und Ausländern, zu den Bereichen Behinderung, soziale Benachteiligung und sexuelle Orientierung wurde im April von der Regierung genehmigt.

Veranstaltungen/Treffen

Abschlussveranstaltung der Jugendkampagne «alle anderscht – alle gliich»

Die Abschlussveranstaltung der Europaratskampagne «alle anderscht – alle gliich» fand am 9. Februar im Kulturzentrum Gasometer in Triesen statt. An der Veranstaltung wurden liechtensteinische Jugend- und Schulprojekte präsentiert und von der Ressortinhaberin ausgezeichnet.

Besuch der Jugendwohngruppe

Am 22. März besuchte Regierungsrätin Rita Kieber-Beck die Sozialpädagogische Jugendwohngruppe des Vereins

Betreutes Wohnen (VBW) in Vaduz. Die mit dem Vereinsvorstand und der Geschäftsführung geführte Diskussion umfasste neben einer Konzeptpräsentation auch die Behandlung von Erfahrungswerten.

1. Mai Feier des Liechtensteiner Arbeitnehmerverbands (LANV)

Traditionell fand auch im Berichtsjahr die 1. Mai-Feier des Liechtensteiner Arbeitnehmerverbands (LANV) statt. Als Hauptthema wurde im Rahmen des von der Regierung erklärten Jahres der Familie die Familie im gesellschaftlichen Wandel behandelt. Regierungsrätin Rita Kieber-Beck referierte über das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Besuch in Innsbruck

Am 6. Juli weilte die Ressortinhaberin auf Einladung der Tiroler Landeshauptmannstellvertreterin Dr. Elisabeth Zanon in Innsbruck. Neben dem Thema Integration stand vor allem der Austausch in Bezug auf Familienförderung, Jugendschutz sowie gesellschaftspolitische Entwicklungen im Vordergrund.

7. Forum zu Perspektiven Europäischer Jugendarbeit in Köln

Das 7. Forum zu Perspektiven Europäischer Jugendarbeit mit dem Titel «Lernchancen in Europa» fand im September in Köln statt. Liechtenstein wurde vertreten durch Regierungsrätin Rita Kieber-Beck sowie verschiedene Fachleute und Beteiligte des EU-Programms «Jugend in Aktion». Anwesend waren auch Vertreter aus Deutschland, Luxemburg, Österreich, Schweiz und der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, um über das EU-Programm «Jugend in Aktion» zu diskutieren und länderübergreifende Kontakte zu knüpfen.

Treffen mit der österreichischen Familienministerin Dr. Andrea Kdolsky

Im Rahmen des Besuches von Dr. Andrea Kdolsky in Liechtenstein fand am 19. Oktober auch ein Treffen mit Regierungsrätin Kieber-Beck statt. Es wurde über die verschiedenen Ansätze der Familienpolitik diskutiert. Ein weiterer Schwerpunkt des gemeinsamen Gespräches bildete die demographische Entwicklung und die entsprechenden familienpolitischen Antworten.

AMTSSTELLEN

Kinder- und Jugenddienst (Amt für Soziale Dienste)¹

Amtsleiter: Dr. Marcus Büchel

Mit 537 Klienten ist ein Anstieg der Klienten um 5% zu verzeichnen. Dabei ist auf die gestiegene Anzahl der Interventionen bei Jugendschutzübertretungen von 48 auf 104 hinzuweisen. Die Totalrevision des Jugendgesetzes scheiterte im Landtag. Einzelne Abschnitte der Vorlage werden weiterhin verfolgt. Familienpolitisch war die Frage nach der finanziellen Förderung sowie die Schaffung von schulischen und ausserschulischen Tagesbetreuungsstrukturen das beherrschende Thema. Die zweite Jugendstudie wurde vorgelegt. Es liefen mehrere Kampagnen wie «alle anderscht-alle gliich», Europäisches Jahr der Chancengleichheit, «Respect-bitte», «Du sescht wia», «Zünder», an denen sich der Kinder- und Jugenddienst aktiv beteiligte.

Internationale Aktivitäten

Europarat

Unter dem Motto «all different – all equal» führte der Europarat 2006/2007 eine Kampagne für und mit jungen Menschen durch. Ziel der Kampagne war es, Jugendliche zu ermutigen und zu befähigen, beim Aufbau friedlicher Gesellschaften, die auf Verschiedenheit und Einbindung basieren, mitzuwirken. Informationen zur Zielsetzung der Kampagne erfolgten über Medien und Veranstaltungen. Pins und T-Shirts mit dem Logo «alle anderscht-alle gliich» wurden produziert und verteilt. Die Federführung bei der Organisation der Kampagne lag bei einer Koordinationsgruppe, geleitet von Mitarbeiterinnen der Stabsstelle für Chancengleichheit und des Kinder- und Jugenddienstes. Auf einen Projektaufruf hin wurden sechs Schul- und Jugendprojekte durchgeführt, welche an der Abschlussveranstaltung im Februar des Berichtsjahres vorgestellt und prämiert wurden. An der Veranstaltung verlieh die zuständige Regierungsrätin den Projektmitwirkenden eine Auszeichnung.

Arbeitsgruppe gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit

Die Arbeitsgruppe war eine in erster Linie präventiv tätige Koordinations- und Steuergruppe, welche Massnahmen gegen Rassismus initiierte, koordinierte und unterstützte. Sie war jedoch selbst nicht direkt in der

¹ Beachten Sie auch den Bericht des Amtes für Soziale Dienste unter dem Ressort Soziales betreffend Klientenstatistik, Leistungsverträge und Projekte.

Umsetzung tätig. Die Arbeitsgruppe beschäftigte sich vor allem mit dem Problem der verstärkten Organisation der Rechtsradikalen in Liechtenstein, der Vorstellung des zweiten und dritten Länderberichts unter dem UNO-Übereinkommen über die Beseitigung aller Formen von Rassendiskriminierung (CERD-Bericht) sowie dem Projekt für Zuwanderer «Lerne Liechtenstein kennen». Weiters zählte die Erstellung des Statusberichts zur Integration der ausländischen Bevölkerung in Liechtenstein, eine Bestandaufnahme zu Fakten, Ursachen, Massnahmen und zum integrationspolitischen Handlungsbedarf, zu den Arbeitsschwerpunkten. Im Juni 2007 endete die fünfjährige Mandatsperiode und somit wurde die Arbeitsgruppe aufgelöst. Die Agenden werden künftig ausschliesslich von der Stabsstelle für Chancengleichheit wahrgenommen.

EU/EWR: Europäisches Jahr der Chancengleichheit für alle

Nahtlos an die Europaratskampagne fügte sich das vom EWR für 2007 ausgerufene «Jahr der Chancengleichheit für alle» an. Im Europäischen Jahr sollte die Botschaft verbreitet werden, dass alle Menschen Anspruch auf Gleichbehandlung haben, unabhängig von Geschlecht, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Ausrichtung. Der Stabsstelle für Chancengleichheit und dem Amt für Soziale Dienste oblag die Federführung. Verschiedene Gruppen aus Liechtenstein beteiligten sich mit Aktivitäten am Europäischen Jahr. Die Themenbereiche der Aktionen waren vielfältig und umfassten Chancengleichheit in verschiedenen Bereichen wie Erziehung, Gesundheit, Betriebe, Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Privatleben. Vielfältig waren auch die Ansätze: Symposien, Gesprächsrunden, Vorträge, Tagungen, Musik- und Literatur- sowie Kulturabende warben um interessierte Gäste, aber auch Feste der Begegnung wurden in diesem Jahr gegen Diskriminierung gefeiert.

Der eigene Beitrag bestand in der Durchführung einer Studie über Armut. Aus EU-Fördermitteln wurden drei weitere Studien über Armut und soziale Benachteiligung in Auftrag gegeben. Diese vier Beiträge werden 2008 in einem Sammelband vorgelegt werden. Weiters beteiligte sich das Amt an einer Schweizer Studie zur Altersdiskriminierung mit einem eigenen Untersuchungsteil für Liechtenstein.

Den offiziellen Schlusspunkt der Kampagne setzte die Abschlussveranstaltung im Dezember des Berichtsjahres, an welcher die zuständigen Regierungsmitglieder vertreten waren und die gut besucht war.

EU –Programm Jugend in Aktion

Liechtenstein beteiligte sich aktiv am EU-Programm «Jugend in Aktion» (Laufzeit 2007–2013) und kam dadurch in den Genuss von europäischen Förderungsmitteln. Nach aufwändigen, von der Europäischen Kommission verlangten Vorbereitungen für das Nachfolgeprogramm von «Jugend», konnten wieder in- und ausländische junge

Menschen und Jugendarbeitende von den Projektmitteln und den Angeboten des Programms profitieren. Auch im neuen Programm nimmt das Jugendinformationszentrum «aha – Tipps und Infos für junge Leute» die Aufgaben der Nationalagentur wahr. Die liechtensteinischen Interessen bei der Europäischen Kommission, die Kontrollfunktion über die Nationalagentur und der Einsitz im Entscheidungsgremium über die Zuteilung von Projektmitteln werden im Fortsetzungsprogramm weiterhin von einer Mitarbeiterin des Kinder- und Jugenddienstes wahrgenommen.

Im Berichtsjahr wurden ein multilaterales Jugendaustauschprojekt in Liechtenstein, zwei Jugendinitiativen, zwei Seminare und ein Vorbereitungsbesuch gefördert. Insgesamt 34 liechtensteinische Jugendliche nahmen an multilateralen Projekten teil – im Inland sowie in Costa Rica, Grossbritannien, Belgien und in der tschechischen Republik. Elf Jugendarbeitende nutzten die Weiterbildungsangebote des Programms. Zudem waren neun junge Menschen über Vermittlung der Nationalagentur im Rahmen des Europäischen Freiwilligendienstes in einer gemeinnützigen sozialen Organisation im In- und Ausland im Einsatz.

Regionale Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit im Jugendbereich mit dem Kanton St. Gallen und dem Bundesland Vorarlberg erfreut sich einer erspriesslichen Kontinuität. Neben mehreren Koordinierungstreffen der für die Jugendförderung zuständigen Amtsleiter und Sachbearbeiter stand als Höhepunkt die Durchführung des III. Interregionalen Jugendprojektwettbewerbes auf dem Programm. Fünf Projekte von jungen Leute zwischen 14 und 25 Jahren nahmen am liechtensteinischen Wettbewerb teil. Die Siegerprojekte vertraten Liechtenstein am interregionalen Finalabend in St. Gallen, an dem die liechtensteinische Gruppe Colorida mit dem ersten Preis ausgezeichnet wurde. Das Jugendinformationszentrum «aha» zeichnete in Zusammenarbeit mit dem Kinder- und Jugenddienst für die Durchführung des Wettbewerbes auf nationaler Ebene verantwortlich.

Schwerpunktthemen

Familienpolitik

Das Amt unterstützte das Ressort Familie und Chancengleichheit bei der Beantwortung des Postulates über die Familienförderung.

Kinder- und Jugendgesetz

Im Mai des Berichtsjahres brachte die Regierung den Bericht und Antrag zum neuen Kinder- und Jugendgesetz im Landtag ein. Da die Mehrheit des Landtages auf Nichteintreten votierte, scheiterte das Vorhaben der Totalrevision des Jugendgesetzes. Die Gesetzesvorlage war in einem jahrelangen Prozess unter der Partizipation breiter Bevölkerungskreise entstanden. Die Probleme

der Praxis sowie die neuen Erfordernisse, die Gründe für die Revision darstellten, harren nach wie vor einer Lösung.

Psychosoziale Versorgung im Kinder- und Jugendbereich

Mit dem Verein Kindertagesstätten Liechtenstein sowie den KiTa Planken und Gamprin wurde 2007 ein einheitliches Tarifsystem vereinbart. Mit dem «aha» erfolgte betreffend Nationale Agentur des EU-Programms eine Adaptierung des Leistungsvertrages. Bei einem Sozialhilfeträger wurde eine gründliche Analyse und ein Reorganisationsprozess (inkl. betriebswirtschaftlicher Analyse) eingeleitet.

| Institutionen | Leistungsvertrag (LV) |
|------------------------------------------------|-----------------------|
| Eltern Kind Forum | LV bestehend |
| Nationalagentur Jugend | LV bestehend |
| Pfadfinder und Pfadfinderinnen | LV bestehend |
| VBW Sozialpädagogische Familienbegleitung | LV bestehend |
| Verein Kindertagesstätten | LV bestehend |
| Beratungsstelle Eltern, Kinder und Jugendliche | LV bestehend |

Tab.: Übersicht Leistungsverträge im Kinder- und Jugendbereich

Ausserschulische Tagesstrukturen

Im Berichtsjahr fasste die Regierung zu den Bereichen «ausserschulischen Tagesbetreuung» und «Tagesschule» drei Beschlüsse, die darauf hin zielen, innert nützlicher Frist neue Tagesbetreuungsangebote zu schaffen. Das Amt für Soziale Dienste wurde beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Verein Kindertagesstätten Liechtenstein ein Konzept für die ausserschulischen Tagesstrukturen einschliesslich verschiedener Tarifvarianten zu erarbeiten. Parallel dazu erfolgten im Ressort Bildungswesen Vorarbeiten zur Schaffung eines Konzeptes «Primarschulen mit Tagesschulangebot». Die Gemeinden Triesen und Eschen haben mehrfach ihr Interesse an einem Tagesstrukturangebot bekundet und bereits entsprechende Räumlichkeiten für die Unterbringung vorgesehen. Aufgrund dieser Vorarbeiten in den beiden Ressorts ist davon auszugehen, dass Anfang 2008 die konkrete Beschlussfassung bezüglich Schaffung ausserschulischer Tagesstrukturen bzw. von Tagesschulen erfolgt.

Im Juni des Berichtsjahres erfolgte durch Regierungsbeschluss eine Anpassung bzw. Differenzierung des Tarifsystems der Kindertagesstätten. Der Beschluss umfasst die Reduktion der Elterntarife für Kindergarten- und Schulkinder, die Tarifregelung betreffend der Ermässigung für KiTA Mitarbeiterinnen sowie die Festlegung eines generellen Tarifsatzes für Eltern ohne Wohnsitz in Liechtenstein.

Stellungnahmen zu kleinen Anfragen und Postulaten des Landtags

Zu folgenden Themen hatte der Kinder- und Jugenddienst Stellungnahmen zu erarbeiten:

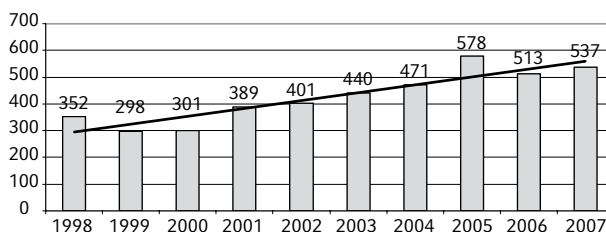
- Beratungs- und Begleitungsangebote für Eltern;
- Jugendgewalt;
- Kindertagesstätten und Tagesstrukturen;
- Postulat über die Familienförderung;
- Vernehmlassungsbericht «Abänderung des Gesetzes über Familienzulagen».

Jugendhilfe

Klientenstatistik und Fallarbeit

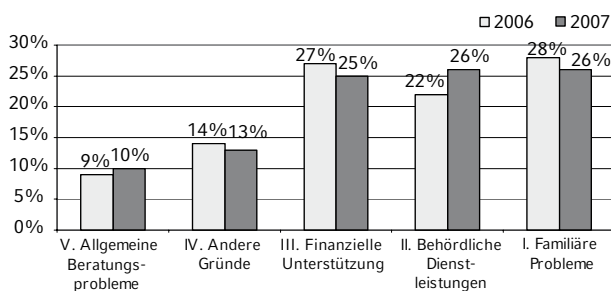
Die Klientenzahl ist gegenüber dem Vorjahr von 513 auf 537 oder um 5% angestiegen.

Entwicklung der Klienten (Kinder- und Jugenddienst)



Grafik 1: Klientenanzahl 1998–2007

Probleme (Kinder- und Jugenddienst 2006 + 2007)



Grafik 2: Probleme nach Kategorien 2007

| Probleme (Mehrfachnennungen möglich) | | | |
|--------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------|-------------------|
| ICD-10 | Titel | 2007 Nennungen | 2006 Nennungen |
| I.) | | | |
| Z61+Z62+Z63 | Familiäre Probleme: Entwicklungspsychologische Probleme (Z61) und Probleme bei der Erziehung (Z62) sowie Probleme in der primären Bezugsgruppe (Z63) | 232 | 224 |
| II.) | | | |
| B03+B04 | Gründe für die Inanspruchnahme behördlicher Dienstleistungen | 232 | 176 |
| III.) | | | |
| C | Finanzielle Unterstützungen | 211 | 218 |
| IV.) F+Z5+Z60+Z64 | Andere Gründe (davon 57 (53) psychische Störungen, 25 (32) Anpassungsprobleme) | 109 | 118 |
| V.) | | | |
| B01+B02 | Allgemeine Beratungsprobleme | 83 | 75 |
| Summe | | 814 | 940 |

Tab. 1: Probleme nach Kategorien

I.) Von familiären Problemen waren 232 Familien betroffen. Diese Gruppe unterteilt sich wie folgt:

Z61:

- 27 (27) Fälle mit entwicklungspsychologischen Problemen
- 2 (3) Verlust eines nahen Angehörigen in der Kindheit
- 1 (1) Herauslösen aus dem Elternhaus in der Kindheit
- 2 (2) Negativ veränderte Struktur der Familienbeziehungen in der Kindheit
- 1 (2) Verdacht auf sexuellen Missbrauch innerhalb oder ausserhalb der Familie
- 5 (7) Verdachtsabklärungen auf sexuellem Missbrauch
- 1 (6) Intervention bei körperlicher Misshandlung
- 15 (6) Verdachtsabklärungen auf körperliche Misshandlung

Z62:

- 152 (150) Fälle mit Erziehungsschwierigkeitengesamt 218 Hilfen (Mehrfachhilfen im Einzelfall möglich).
- 60 (48) Fälle emotionaler bzw. körperlicher Vernachlässigung, unangebrachter elterlicher Druck oder mangelnde Aufsicht
- 38 (39) Belastung der Erziehung durch die Trennungs- und Scheidungssituation der Eltern

- 14 (14) Ablöseprobleme in der Pubertät
- 8 (13) Schwierigkeiten aus einer Stief- bzw. Pflegefamilienproblematik
- 10 (11) Erziehungsschwierigkeiten geprägt durch die Situation Alleinerziehender
- 22 (25) Fehlende Familiengrenzen, Geschwisterproblematik u.a.

Z63:

53 (47)Probleme in der primären Bezugsgruppe (Z63) 53 Kinder und Jugendliche litten unter Beziehungsproblemen zu ihren Eltern bzw. Stiefeltern, unter Abwesenheit oder Tod von Angehörigen sowie unter den Umständen von Trennung und Scheidung (Z63).

II.) 232 (176) Faktoren, die zur Inanspruchnahme von behördlichen Dienstleistungen führten:

- 104 (48) Jugendschutzübertretungen
- 53 (59) Vaterschaftsfeststellungen
- 32 (18) Stellungnahmen / Gutachten bei Besuchsrechtsregelungen bzw. in Obsorgeverfahren
- 8 (6) Obsorge (Vormundschaft) über Kinder bzw. Jugendliche
- 6 (8) Unterhaltsverträge für ausserehelig geborene Kinder
- 6 (7) Beistand in Unterhaltsfragen
- 6 (6) Pflegebewilligungen
- 4 (7) Amtshilfe für andere Behörden
- 13 (17) Andere Gründe

III.) Die Kategorie «Finanzielle Unterstützung» (C) gibt die Ausgaben nach Art der Unterstützung und Anzahl der Unterstützten wieder. 145 Klienten erhielten insgesamt 211 Hilfen (Mehrfachhilfen im Einzelfall möglich).

| | | Anzahl finanzielle Hilfen | Betrag in CHF |
|-------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------|------------------------------|------------------|
| Ausserhäusliche | a) Kindertagesstätte (56 Personen) | | |
| Tagesbetreuung (Unterstützung an Elternbeitrag) | b) Eltern Kind Forum (11) c) Private Tagesmutter (14) | 81 | 230 587 |
| Familienbegleitung | a) Sozialpädagogische Familienbegleitung (44) b) Begleitetes Besuchsrecht (11) | 55 | 107 815 |
| Pflegeverhältnisse | | 16 | 90 323 |
| Sonderhilfen | | 34 | 162 814 |

Tab. 2: Finanzielle Unterstützung 2007 (Kinder- und Jugenddienst)

- IV.) 109 (118) Andere Gründe
 - 57 (53) Psychische Störungen
 - 26 (27) Faktoren, die den Gesundheitszustand beeinflussen und zur Inanspruchnahme von Gesundheitsdiensten führen (davon 23 Probleme in Ausbildung und Bildung)
 - 25 (32) Soziale Umgebung
 - 1 (6) Psychosoziale Umstände

- V.) 83 (75) Allgemeine Beratungsprobleme:
 - 39 (39) Regelung des Besuchsrechtes
 - 12 (16) Betreuungsplatz und Obsorgefragen
 - 25 (8) Adoptionswunsch bzw. Fragen zur Adoption

Korrespondierend zu den geschilderten Problemen wurden folgende Dienstleistung(en) erbracht:

Unterstützungsarten (Kinder- und Jugenddienst)

| | Anzahl | Prozent |
|------------------------------|--------|---------|
| Beratung | 472 | 44 |
| Finanzielle Unterstützungen | 211 | 22 |
| Behördliche Dienstleistungen | 150 | 17 |
| Delegierte Betreuung | 94 | 10 |
| Casemanagement | 68 | 7 |

Tab. 3: Unterstützungsarten

Ausgewählte Themen zur Jugendhilfe

Interventionen bei aggressiven und gewalttätigen Kindern und Jugendlichen

In der Arbeit mit aggressiven und gewalttätigen Kindern und Jugendlichen hat sich die Methode des Psychologen Haim Omer «Elterliche Präsenz» – ein systemisches Eltern – coaching – sehr bewährt. Entsprechend wurde vermehrt Eltern und Erziehenden die Anwendung dieser Methode angeboten. Ausserdem gibt es in der Familientherapie neue Entwicklungen, die besonders auf aggressive und gewalttätige Tendenzen abzielen. Die Methoden der sog. «multisystemischen Therapie» und «Multifamilientherapie» sollen bei Kindern und Jugendlichen mit diesen Verhaltensstörungen eingesetzt werden.

Im Berichtsjahr wurde das Coolness Training methodisch weiter verfeinert. Das Klientel setzt sich aus Jugendlichen zusammen, die Mühe haben, ihre aggressiven Impulse zu steuern. Die Trainings wurden von einem Psychologen der Jugendhilfe durchgeführt. Die Zuweisung erfolgte meist durch die Schulsozialarbeit.

Unterrichtsausschluss

Das Schulamt beabsichtigt, der Regierung die Einrichtung einer Timeout-Schule zu empfehlen. Damit würde das seinerzeit vom Jugenddienst vorgelegte Konzept umgesetzt. Ergänzend zum Konzept soll während des Unterrichtsausschlusses verstärkt mit der Familie gearbeitet

werden. Dies fällt in die Zuständigkeit des Kinder- und Jugenddienstes. Der Kinder- und Jugenddienst ist zur Zeit mit der Planung und Organisation des therapeutischen Teils befasst.

Begleitetes Besuchsrecht

In hoch strittigen Scheidungsfällen und in Fällen von Kindeswohlgefährdung ordnet das PflEGschaftsgericht oder die Jugendhilfe ein begleitetes Besuchsrecht an. In der Vergangenheit der Kinder- und Jugenddienst der Sozialpädagogischen Familienbegleitung des Vereins für Betreutes Wohnen einen entsprechenden Auftrag.

Die Evaluation der bisherigen Praxis ergab, dass zwar ein konstanter Bedarf an Besuchsbegleitungen besteht, die bisher praktizierte Begleitung einen unverhältnismässig hohen Personalaufwand darstellt und entsprechend teuer ist. Bei jeder Begleitung musste eine Fachperson während der gesamten Besuchsdauer gegenwärtig sein. Nunmehr wurde das Verfahren wesentlich vereinfacht: Nun gibt es für alle einen gemeinsamen Rahmen, der von einer pädagogisch geschulten Person gestaltet wird. Es wurde in geeigneten Räumlichkeiten ein «Besuchstreff» eingerichtet, wo die Väter oder Mütter mit ihren Kindern den Besuchsnachmittag verbringen können. Dieser Besuchstreff findet an zwei Samstagnachmittagen im Monat statt.

Sexueller Missbrauch

Im Berichtsjahr hat die interdisziplinäre Fachgruppe gegen sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen in 8 Fällen entweder beraten oder wurde über (Verdachts-) Fälle von sexuellem Missbrauch an Kindern und Jugendlichen informiert. Weiters wurden von ihr Anfragen der Presse beantwortet. Mit einem Medienverantwortlichen wurde erörtert, wie in Fällen von sexuellem Missbrauch die Berichterstattung so gestaltet wird, dass die Schutzinteressen des Kindes gewahrt bleiben.

Zusammen mit der Landespolizei veranstaltete die Vorsitzende der Fachgruppe (Kinderpsychologin des Amtes für Soziale Dienstes) eine Informationsveranstaltung für türkische Eltern und andere Erziehungspersonen im Rahmen der dreijährigen Präventionskampagne der Landespolizei zum Thema «Stopp Kinderpornographie im Internet». Zu diesem aktuellen Thema nahm die Fachgruppensitzende auch mit dem Leiter der Kriminalpolizei bei Radio Liechtenstein an einer rund einstündigen Diskussionssendung teil. Weiters beteiligte sich die Vorsitzende der Fachgruppe zusammen mit einem Experten der Landespolizei mit diesem Thema an der von der Regierung lancierten Gewaltschutzkampagne «Respekt bitte». Eine Schulklasse des Liechtensteinischen Gymnasiums wurde mit dieser Problematik vertraut gemacht.

Darüber hinaus organisierte die Fachgruppe ein interaktives, theaterpädagogisches Präventionsprogramm, das in mehreren Primarschulklassen der Gemeinden Eschen, Gamprin und Triesen durchgeführt wurde und sehr grossen Anklang bei Schülern und Lehrpersonen fand.

Jugendarbeitslosigkeit – Projekt «Zünder»

Das Projekt «Zünder» wurde von der Hochschule Liechtenstein, der Jugendinformationsstelle aha, dem Amt für Berufsbildung und dem Amt für Soziale Dienste als Beitrag zum erfolgreichen Übertritt ins Berufsleben lanciert. Insgesamt nahmen 25 Jugendliche daran teil. Nach einem mehrtägigen Workshop erarbeiteten die Jugendlichen eigene Projekte, welche sie bei der Ideenmesse «Birne 07» präsentierten. Dabei wurden sie von der Studentengruppe «START», welche auch Träger des «Zünders» ist, unterstützt. Bei ihrer Lehrstellen- bzw. Arbeitsplatzsuche wurden die Jugendlichen zudem durch ehrenamtliche Mentoren begleitet. Ein positiver Nebeneffekt des Projektes war die Sensibilisierung einiger Unternehmen für Jugendliche mit geringen Ressourcen im sprachlichen oder schulischen Bereich.

Jugendschutz

Insgesamt erfolgten bei 104 jugendlichen Klienten – fünf davon hatten den Jugendschutz zweimal übertreten – pädagogische Interventionen. Es gelangten 68 Anzeigen durch die Landespolizei und 3 Meldungen durch Drittpersonen an die Jugendschutzstelle. Einzelne Anzeigen richteten sich gegen mehrere Personen. Im umfangreichsten Fall waren bei einer Anzeige zwei Erwachsene und 34 Jugendliche involviert. Zwei Betriebe, bei denen begründeter Verdacht bestand, dass sie Alkohol und Tabakwaren an Jugendliche abgegeben hatten, wurden angezeigt. Zur Verzeigung kann es auch gegen Eltern und andere Erwachsenen kommen.

Bei geringen Übertretungen wurden die Eltern mit einem Schreiben auf ihre Verantwortung hinsichtlich der Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen hingewiesen. Sie erhielten dabei auch eine Broschüre mit einer Übersicht der wichtigsten Jugendschutzbestimmungen und ein Beratungsangebot. Diese Art der Intervention wurde insgesamt bei 67 Klienten angewandt. Bei schwerwiegenden oder wiederholten Verstößen von Jugendlichen gegen das Jugendgesetz wurden mit den Jugendlichen Gespräche geführt, meist gemeinsam mit einem Erziehungsberechtigten. Diese Interventionsform wurde bei 37 Klienten gewählt. In allen Fällen erfolgte eine Berichterstattung an die Staatsanwaltschaft mit Informationen zur Gefährdungseinschätzung, zu den getroffenen Interventionen, den weiteren indizierten Massnahmen, zur Einsicht und gegebenenfalls der Empfehlung zur Einstellung des Strafverfahrens.

Seit Inkrafttreten der Diversion am 01.01.2007 gelangen Anzeigen wegen Zuwiderhandlung gegen das Betäubungsmittelgesetz neu an den Therapeutischen Dienst des Amtes und nicht wie vorher an den Jugendschutz. Anzeigen wegen Verstößen gegen das Strafgesetz gelangen im Rahmen der Diversion an die Bewährungshilfe. Die so genannten «Mischfälle», kumulierte Verstöße gegen das Betäubungsmittel- bzw. das Strafgesetz und gegen die Jugendschutzbestimmung, wurden in Kooperation bearbeitet.

Weitere Aktivitäten des Jugendschutzbeauftragten:

- Praktische Mitarbeit von Präventionsmassnahmen im Bereich des Jugendschutzes bei Grossanlässen im Zusammenwirken mit Landespolizei, Gemeindepolizei und Veranstaltern
 - Zwei Kontrollen in gastronomischen Betrieben nach Gefährdungsmeldungen
 - Mitarbeit in der Steuergruppe der Suchtpräventionskampagne und Umsetzung von Massnahmen
 - Betreibung eines Internet-Forums zu Jugendschutzfragen (www.jugendgesetz.li)
 - Im Rahmen der Projektwoche des 10. Schuljahres wurde im April ein Workshop zum Thema «Alkohol, Drogen und Jugendschutz» gemeinsam mit einem Mitarbeiter der Jugendförderung abgehalten
 - Bei den zwei Vorbereitungslehrgängen zur Gastwirterprüfung im Frühjahr und Herbst wurde jeweils das Modul «Jugendschutz und Suchtprävention» in Kooperation mit dem Therapeutischen Dienst durchgeführt
 - Vorstellung der Jugendschutztätigkeit anlässlich der Impuls- und Informationstagung der Jugendkommissionen der Gemeinden im Juni
 - Impulsreferat beim Elternabend an der weiterführenden Schule in Triesen im Oktober
 - Sensibilisierung der Öffentlichkeit für den Jugendschutz mittels Zeitungsartikel und Radiointerviews
 - Einsitz beim «Runden Tisch» für Gesundheitsförderung an Schulen
 - Mitwirkung am Jugendkommissionstreffen zum Thema «Gewaltprävention und Jugendschutz» im November
- Daneben wurden einschlägige Fachtagungen zur Suchtproblematik und Prävention besucht.

Jugendpflege (Jugendförderung)

Die seit Jahren gepflegte Zusammenarbeit mit dem Verein Liechtensteiner Jugendorganisationen VLJ, dem Jugendinformationszentrum «aha» und den Jugendkommissionen der Gemeinden wurde themenspezifisch weitergeführt. Mit dem VLJ stand neben Austausch und Koordination eine fachliche Vertiefung zum Thema Jugendgewalt im Rahmen der Kampagne «Respect-bitte!» im Mittelpunkt. Mit der zuständigen Regierungsrätin erörterte der VLJ die Thematik «Mobile Jugendarbeit». Der VLJ stellte fest, dass es seitens der Jugendarbeit der Gemeinden zu gewissen Szenen und Gruppierungen keinen Zugang gäbe. Der VLJ wird ein Grobkonzept für die Arbeit mit diesen Zielgruppen erstellt.

Auf Einladung des Amtes trafen sich im Juni Delegierte der neu bestellten Jugendkommissionen aus den Gemeinden zu einer Impuls- und Informationstagung. Dabei wurden ihnen die in der Jugendförderung tätigen Institutionen und Vereine, die Schulsozialarbeit sowie die aktuellen Projekte im Jugendbereich vorgestellt. An einem zweiten Treffen im Herbst stand, neben dem Austausch unter den Kommissionsmitgliedern, die Thematik Gewaltprävention und Jugendschutz auf dem Programm.

Beim Antirassismusforum der Gruppe Colorida in Eschen war der Kinder- und Jugenddienst mit einem Stand zum Thema Rechtsextremismus und Rassismus vertreten.

Ausgewählte Themen zur Jugendpflege

Gewaltschutzkommission

Ein Mitarbeiter des Kinder- und Jugenddienstes war als Mitglied der Gewaltschutzkommission der Regierung massgeblich bei der Konzeption und Umsetzung der Präventionskampagne Jugendgewalt «Respect-bitte!» beteiligt. Diese Kampagne richtet sich an junge Leute zwischen 13 und 22 Jahren, an Eltern, Erziehende sowie an Fachpersonen wie Jugendarbeitende und Lehrpersonen. Ihnen wurde ein Pool von verschiedenen Themen und Referenten rund um das Thema Jugendgewalt zur Auswahl angeboten, um in ihrem Wirkungsbereich eigene themenspezifische Veranstaltungen zu organisieren. Die Veranstalter in den Schulen, Gemeinden und der offenen Jugendarbeit wählten schwerpunktmässig die Themen «Mobbing» und «Das neue Internet – gewaltig» am häufigsten. Insgesamt wurden 11 Veranstaltungen und eine Medienorientierung durchgeführt.

Jugendbeteiligungsmodell «Jubel»

Nach einer Überarbeitung des ursprünglichen Konzeptes wurde das Projekt JUBEL (Jugendbeteiligung Liechtenstein) von der Regierung für eine Pilotphase von drei Jahren genehmigt und das Jugendinformationszentrum «aha» mit der Durchführung beauftragt. Das Projekt hat das Ziel, aufbauend auf einem Klassensprechermodell alle Jugendlichen stärker in die Entwicklung Liechtensteins einzubeziehen und sie aktiver am gesellschaftlichen und politischen Leben Liechtensteins zu beteiligen. Das landesweite Schülerparlament ist eine Plattform, bei welcher Jugendliche ihren Anliegen Gehör verschaffen können und die Möglichkeit haben, ihre Projektideen umzusetzen.

Im September stellte das «aha» das Konzept den Schüler/innen der teilnehmenden Schulen vor. Jede Klasse wählte bis zu den Herbstferien eine/n Sprecher/in sowie deren/dessen Vertreter/in. Die Klassensprecher/innen bilden das landesweite Schülerparlament. Damit die jungen Klassenvertreter/-innen auf ihre Aufgabe, die Themensammlung in den Klassen und auf die Vollversammlung am 27. Februar 2008 vorbereitet sind, fanden im November des Berichtsjahres zwei Ausbildungswochenenden statt, an welchen rund 45 Jugendliche teilnahmen.

Jugendstudie 2006

Das Amt legte die nunmehr zweite Jugendstudie zur Lebenssituation der 12 bis 21jährigen Jugendlichen in Liechtenstein vor. Auf Basis einer Repräsentativbefragung von 500 liechtensteinischen Jugendlichen durch das Österreichische Institut für Jugendforschung wurde ein Bericht erstellt. Die Studie berichtet über das Lebens-

gefühl der Jugendlichen, über ihre Einstellungen zu Familie und Partnerschaft, Freizeit, Schule und Arbeitswelt, politischer und gesellschaftlicher Partizipation, über ihr Gesundheits- und Körperbewusstsein sowie über ihre sozialen Haltungen und ihr Sozialverhalten. Die Ergebnisse sind in gedruckter Form im Amt und in den Buchhandlungen des Landes erhältlich.

Bewilligungspflicht für Pflegeeinrichtungen

Im Rahmen der Aufsichtspflicht gemäss Jugendgesetz überprüfte der Kinder- und Jugenddienst einzelne bestehende Institutionen der ausserhäuslichen Kinderbetreuung. Aufgrund einer Meldung wegen Verletzung des Kindeswohls in einer Kindertagesstätte veranlasste das Amt für Soziale Dienste eine Überprüfung der Tagesstätte durch eine externe Fachinstitution. Abgesehen von diesem Ereignis wurde insgesamt ein guter Betreuungsstandard festgestellt.

Anhörungsrecht

In der UNO-Kinderrechtskonvention findet sich der Grundsatz, Minderjährige in allen sie betreffenden Fragen und Entscheidungen anzuhören und ihre Meinung angemessen zu berücksichtigen. Um diesen Grundsatz im Kinder- und Jugenddienst noch besser zu verankern, hat sich der Kinder- und Jugenddienst im Berichtsjahr vertieft mit der Anhörung von Kindern und Jugendlichen, insbesondere im pflegschaftsgerichtlichen Verfahren, befasst.

Fachaustausch und Weiterbildung

Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Verantwortlichen für Kinderschutz und Jugendhilfe tagte im Juni des Berichtsjahres in Chur. Die Leiterin des Kinder- und Jugenddienstes vertrat Liechtenstein an der Konferenz, die sich mit dem Themenkreis Kind und Scheidung beschäftigte.

Das Team der Jugendhilfe organisierte gemeinsam mit den pädagogischen Fachbereichen des Vereins für Betreutes Wohnen einen Workshop für Mitarbeiter, die Kinder und Jugendliche ambulant oder stationär betreuen. Die therapeutische Methode von Michael Biene zielt darauf ab, die Eltern stärker in die Verantwortung zu nehmen.

Finanzielle Förderung der Jugendpflege

Gemäss Richtlinien zur Jugendförderung wurden vier Veranstaltungen und fünf Projekte im Kinder und Jugendbereich finanziell unterstützt. Die Gemeinde Vaduz erhielt für einen Ausbildungsplatz und das Jugendinformationszentrum «aha» für zwei Praktikumsplätze finanzielle Zuschüsse. Fünf ehrenamtliche Jugendleiter erhielten eine finanzielle Unterstützung für den Besuch von Leiterkursen. Dazu kam die Finanzierung der Teilnahme einer Jugendlichen am europäischen Jugendevent in Köln und die Teilnahme einer Jugendarbeiterin an der europäischen Plattformkonferenz in Spanien. Die

Pfadfinder Vaduz erhielten einen Beitrag zur Herausgabe eines Buches anlässlich ihres 75jährigen Jubiläums.

Im Bereich des Jugendleiterurlaubes wurden gleich viele Personen wie im Vorjahr finanziell unterstützt, nämlich 229. Diese Zahl teilt sich wie folgt auf: 136 Personen aus dem Bereich Sport, 66 Personen aus dem Bereich der soziokulturellen Animation und 27 Personen aus dem musischen Bereich.

Institutionen der Jugendhilfe sind:

- Verein für Kinderbetreuung, Planken
- Verein Kindertagesstätten Liechtenstein
- Verein Kindertagesstätten Pimolino
- Beratungsstelle für Eltern, Kinder, Jugendliche
- Eltern-Kind-Forum
- Sozialpädagogische Jugendwohngruppe (JWG)
- Sozialpädagogische Familienbegleitung (SPF)
- Sorgentelefon

Institutionen der Jugendpflege sind:

- Liecht. Pfadfinderkorps
- Jugendtreffs der Gemeinde
- Vereinigung Liecht. Jugendorganisationen
- Bildungshaus Gutenberg
- Jugendinformationszentrum «aha»
- Nationalagentur «Jugend»

Stabsstelle für Chancengleichheit

Stabsstellenleiterin: Bernadette Kubik-Risch

Die Aktivitäten der Stabsstelle standen 2007 ganz im Zeichen des Europäischen Jahres der Chancengleichheit für alle. Hauptpunkte bildeten im Bereich der Gleichstellung von Frau und Mann die Chancengleichheit im Erwerbsleben und das Thema Frauen und Finanzen. Im Bereich Migration und Integration von Ausländer/innen wurde am Handlungsfeld Bildung gearbeitet sowie eine Sensibilisierungskampagne durchgeführt. Im Bereich Behinderung wurde eine Sensibilisierungsaktion und eine Studie durchgeführt sowie die Zugänglichkeit von öffentlichen Gebäuden geprüft. Im Bereich sexuelle Orientierung wurde eine Studie zum Thema Homosexualität durchgeführt.

Gleichstellung von Frau und Mann

Massnahmenkatalog

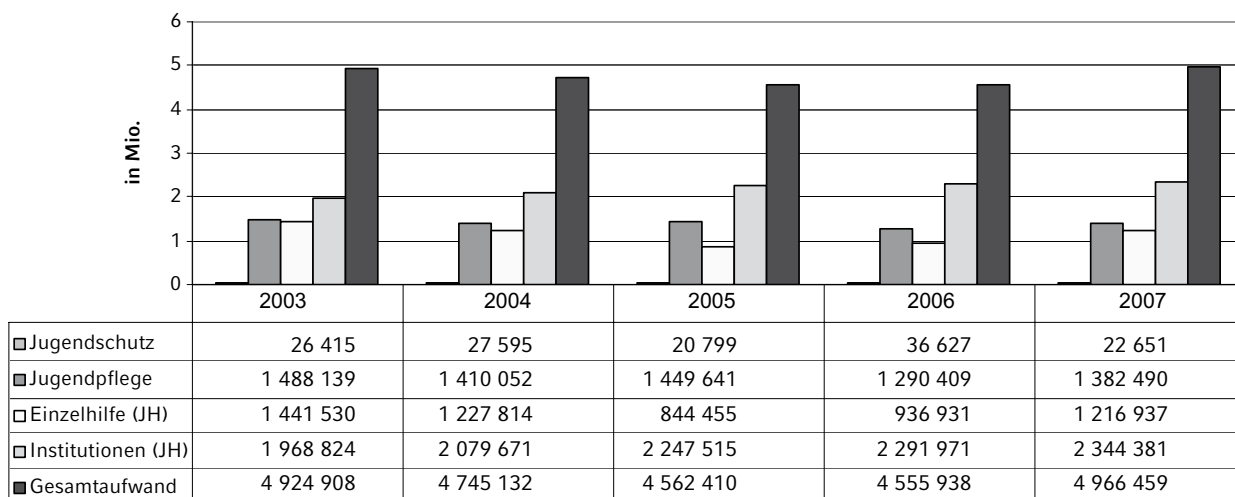
Am 18. April 2007 hat die Regierung den zehnten Umsetzungsplan beschlossen. Die Umsetzung umfasste dabei die Bereiche: Politik; Bildung; Erwerbsleben; Vereinbarkeit von Familie und Erwerb; Familie; Soziale Stellung; Vernetzung; Gewalt gegen Frauen und institutionelle Mechanismen zur Frauenförderung. Die Umsetzung wurde im März in Broschürenform veröffentlicht.

Frauenkonvention

Im Juli 2007 behandelte ein Ausschuss der Vereinten Nationen den zweiten und dritten Länderbericht Liechtensteins über die Umsetzung der Konvention zur Be-

Aufwand Jugendpflege, Jugendschutz, Jugendhilfe

Aufwand Kinder und Jugend 2003–2007 (Land und Gemeinden)



seitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau. Er sah die rechtliche Gleichstellung weitgehend realisiert, stellte jedoch Handlungsbedarf in der faktischen Gleichstellung fest. Die abschliessenden Beobachtungen, die der Ausschuss am 10. August zum Bericht und der Vorstellung Liechtensteins herausgegeben hat, sind als Wertung der Umsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern in Liechtenstein und als Richtschnur für die nächste Berichterstattung Liechtensteins zu sehen. Die Stabsstelle war an der Berichterstattung vertreten.

Erwerbsleben

Gleichstellung lohnt sich – Informationskampagne

Nach der Revision des Gleichstellungsgesetzes (2006) wurde eine Informationskampagne zum Gleichstellungsgesetz gestartet. Die Kampagne wurde im Berichtsjahr weitergeführt. So wurden Arbeitgebende direkt mit Hilfe von Flyer angesprochen. Arbeitnehmende wurden über Balkeninserate und Fallbeispiele auf das Gesetz aufmerksam gemacht. Dabei fand eine enge Zusammenarbeit mit der infra Informations- und Kontaktstelle für Frauen sowie dem Liechtensteinischen Arbeitnehmer/innenverband (LANV) statt.

Finanzhilfen nach dem Gleichstellungsgesetz

Die infra Informations- und Kontaktstelle für Frauen und der Liechtensteinische Arbeitnehmer/innenverband (LANV) suchten nach Finanzhilfen für die Beratung und die Öffentlichkeitsarbeit nach dem Gleichstellungsgesetz an.

Politik – Frauen in Macht- und Entscheidungspositionen

Politiklehrgang für Frauen

Der 4. länderübergreifende Politiklehrgang dauerte von März bis Dezember. Aus Liechtenstein nahmen neun Frauen teil.

Gemeinderatswahl 2007

Zur Unterstützung der Kandidatinnen wurde gemeinsam mit der Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann ein Inserat in den Landeszeitungen geschaltet. Zudem wurde nach dem Wahlen eine schriftliche Nachwahlbefragung bei den Kandidatinnen durchgeführt. Der Frauenanteil hat sich seit den letzten Wahlen nur unmerklich (-0.1%) verändert.

Gesprächsrunden Politikerinnen

Die Gesprächsrunden mit Politikerinnen wurde in diesem Jahr gestartet. Weibliche Landtagsabgeordnete diskutieren parteiübergreifend aktuelle Themen. An der ersten Gesprächsrunde wurde aus Anlass des 5-jährigen Jubiläums das Gewaltschutzrecht und an der zweiten Gesprächsrunde die Vereinbarkeit von Familie und Beruf thematisiert.

Bildung

Workshops für Jugendliche an den weiterführenden Schulen

Unter dem Titel «Internationaler Tag der Frau – Frauen machen GeschichteN – Frauen bewegen Geschichte – Frauen bewegen die Welt» führte die Stabsstelle für Chancengleichheit im März wiederum in drei Klassen der weiterführenden Schulen Workshops durch.

Sensibilisierung von Lehrpersonen der Unterstufe

Die Reflexionsgruppen «Mit Buben erfolgreich durch das Jahr» wurden, wie vom Schulamt und der Stabsstelle für Chancengleichheit geplant, an fünf Nachmittagen angeboten und durchgeführt.

Familie/Vereinbarkeit von Familie und Erwerb

KMU-Handbuch

Das KMU-Handbuch zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in kleinen und mittleren Unternehmen konnte vom SECO Eidgenössisches Staatssekretariat für Wirtschaft übernommen und für Liechtenstein adaptiert werden. Das Handbuch wurde von der Stabsstelle an rund 170 Adressen versandt.

Männer im Gleichstellungsprozess – Projektgruppe MannsBilder

Die Stabsstelle ist Koordinations- und Administrationsstelle für die Gruppe «MannsBilder». Zum Thema «Gemeinsame Obsorge als Regelfall» erarbeitete diese ein Positionspapier. Von Oktober bis Dezember führten «MannsBilder» vier Gesprächsabende unter dem Titel «Männerpalaver» durch. Im Dezember konnte die überarbeitete Homepage www.mannsbilder.li präsentiert werden.

Aus Projektgeldern wurde eine unentgeltliche Rechtsberatung für Männer angeboten. 30 Männer haben im vergangenen Jahr die Rechtsberatung in Anspruch genommen. Zudem wurden zwei Angebote an den Schulen «Starke Jungs – ideale Frauen» finanziell unterstützt.

Vätertag

Nach einer umfassenden Auswertung des Projekts «Vätertag» hat das Konzept eine Anpassung erfahren: Zukünftig wird der Vätertag in den Betrieben und an den Schulen jedes Jahr alternierend angeboten. 2007 wurde der Vätertag erfolgreich an den Schulen durchgeführt.

Unter dem Titel «Vätertage» verfasste die Stabsstelle für Chancengleichheit einen Beitrag für das Buchprojekt der Pädagogischen Hochschule Rorschach/Kompetenzzentrum Forschung und Entwicklung «Coole Mädchen – starke Jungs».

Gewalt gegen Frauen

Wanderausstellung «Ohne Glanz und Glamour»

Die Ausstellung «Ohne Glanz und Glamour – Prostitution und Frauenhandel im Zeitalter der Globalisierung» wurde vom 13. bis 19. Dezember in Liechtenstein gezeigt. Die Projektleitung hatte die Stabsstelle in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Kirche inne. Neben der Ausstellung wurde ein Rahmenprogramm mit einem Vortrag, einem Film und einer Gesprächsrunde mit Mitgliedern des Runden Tisches Menschenhandel über die Situation in Liechtenstein organisiert, um die Zielsetzung der Ausstellung zu verstärken.

Soziale Stellung der Frau

Interreg-Projekt Frauenleben 50+ in Vorarlberg, Liechtenstein und St. Gallen

Ziel des Projekts ist, die unterschiedlichen Lebenssituationen und Bedürfnisse von Frauen und Männern im Alter ab 50 zu erkennen und entsprechende Angebote für Frauen und möglicherweise auch für Männer auszubauen bzw. anzubieten. Das Projekt dauert von Januar 2006 bis Juni 2008. 2007 wurden wie geplant die Studienergebnisse vorgelegt. Unter Einbezug des Fachbeirats und mit Unterstützung eines Expertinnen- und Expertenworkshops wurden für alle drei Länder Massnahmenempfehlungen erarbeitet. Die Studie sowie die Massnahmen werden voraussichtlich im April 2008 der Öffentlichkeit vorgestellt.

Vernetzungen/Zusammenarbeit

Ständige Arbeitsgruppe zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Landesverwaltung

Die Arbeitsgruppe traf sich zu sechs Sitzungen. Die von der Stabsstelle und der Arbeitsgruppe in Auftrag gegebene Studie «Lohn(un)gleichheit» in der Landesverwaltung wurde im Januar von Dr. Wilfried Marxer vom Liechtenstein Institut vorgelegt. Aufgrund der Untersuchung kann die Landesverwaltung in Bezug auf die Lohngleichheit von Frauen und Männern als vorbildlich eingestuft werden. Dennoch verdienen weibliche Landesangestellte im Gesamtdurchschnitt weniger als ihre männlichen Kollegen.

Die Arbeitsgruppe traf sich zu einem Austauschgespräch mit Regierungsrätin Rita Kieber-Beck und befasste sich mit der Erarbeitung von Massnahmen, um die Lohndifferenz zu mindern und setzte sich mit dem Versicherungsschutz während des Elternurlaubs auseinander.

Frauenetz Liechtenstein

Wie auch in den vergangenen 10 Jahren dienen regelmässige Treffen mit den Frauenorganisationen dem gegenseitigen Austausch von Informationen und gemeinsamen Projekten. Im Rahmen des Europäischen Jahres

der Chancengleichheit setzte das Frauennetz den Fokus auf das Thema «Frauen und Finanzen». Dazu führte es einen öffentlichen Informationstag durch, erarbeitete einen Vorstoss für eine Erbrechtsänderung und organisierte ein Seminar zur Stärkung des Selbstbewusstseins. Am Informationstag nahmen über 120 Frauen teil, den Antrag an die Regierung für eine partnerschaftlich ausgestaltete Änderung des Erbrechts unterzeichneten alle Organisationen des Frauennetzes sowie alle weiblichen Landtagsabgeordneten.

Auch der 8. März 2007 wurde unter das Motto Chancengleichheit gestellt. Anlässlich des Frauentages wurde ein Quizabend mit Fragen rund um das Thema Chancengleichheit für alle veranstaltet, an dem als Rahmenprogramm auch der Chor der Seniorinnen aus Eschen und eine Mädchentanzgruppe des 10. Schuljahres mit internationalen Tänzen auftrat.

Länderübergreifende Vernetzung

Die Stabsstelle für Chancengleichheit ist Mitglied der Gleichstellungskonferenz der Ostschweizer Kantone und des Fürstentums Liechtenstein sowie der Eidgenössischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten. Enge Vernetzungen im Rahmen von Projekten (wie 3Ländergender oder Frauennetzwerken) werden mit dem Frauenreferat Vorarlberg, der Gleichberechtigungsstelle Graubünden, St. Gallen und Appenzell Innerrhoden gepflegt.

Gender Mainstreaming

Gleichstellungscontrolling

Das Amt für Berufsbildung stellte sich als erstes Amt für die Einführung des Gleichstellungscontrollings zur Verfügung. Im November 2006 wurde mit dem Amt für Umwelt das Analyse-Interview durchgeführt. Den Zwischenbericht hat die Regierung im August 2007 zur Kenntnis genommen. Das Amt für Berufsbildung und das Amt für Umwelt setzten je ein Gleichstellungsziel um.

Gender Medizin

Die grenzüberschreitende Veranstaltungsreihe «Gesundheit weiblich – Gesundheit männlich» wurde zusammen mit den Gleichberechtigungsstellen von Graubünden, Vorarlberg, St. Gallen und Appenzell Innerrhoden organisiert und durchgeführt. Von September 2007 bis März 2008 wurden Vorträge zu den Themen «Gesundheit weiblich – männlich», «Chancengleichheit in der Gesundheit», «Verbesserung der psychischen Gesundheit», «Gesundheit von Frauen und Männern im Alter» und «Gender Medizin aus der Public Health Perspektive» angeboten.

Integration von Ausländerinnen und Ausländern

Koordination

Die Stabsstelle führte die Geschäfte der Kommission für Chancengleichheit und hatte den Vorsitz in der Projektgruppe «Integrationsgesetz» inne. Zwecks Koordination der verwaltungsinternen Integrationsbestrebungen war die Stabsstelle bis zum Sommer 2007 in der Arbeitsgruppe gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit sowie bis Februar in der nationalen Koordinationsgruppe der Jugendkampagne des Europarats «alle anders – alle gleich» (2006) vertreten.

Handlungsfeld Bildung

Im April 2007 stuft die Kommission für Chancengleichheit das Handlungsfeld Bildung als prioritär ein. Defizite wurden beim Spracherwerb im Vorschulbereich und bei den Erwachsenen festgestellt. Die Stabsstelle erstellte eine Situationsanalyse bezüglich der Anbieter/innen von Sprachkursen, der angebotenen Sprachniveaus, der Kosten usw. Weiters wurde ein Runder Tisch organisiert, um Erfahrungen bezüglich des Spracherwerbs und der Integration einzuholen. Am Runden Tisch fanden sich Vertreterinnen aus Kinderbetreuungsinstitutionen, der DaZ-Lehrerschaft, der Erwachsenenbildung wie auch betroffene Arbeitsstellen zusammen. Die Stiftung Erwachsenenbildung entwickelte ein Ablaufkonzept, welches unter Mithilfe des Runden Tisches und der Stabsstelle für Chancengleichheit angepasst wurde.

Projektgruppe Integrationsgesetz

Die Projektgruppe, ergänzt durch die beiden Vorsteher Donat Oehri und Günter Mahl, traf sich zu zwei Sitzungen, in denen das in Revision stehende Landesbürgerrecht sowie ein erster Entwurf zum Ausländergesetz unter dem Aspekt der Integration behandelt wird. Die Projektgruppe verfasste unter Federführung der Stabsstelle eine Stellungnahme zum Landesbürgerrecht sowie zu Händen des Ausländer- und Passamtes ein Arbeitspapier mit Fragen, Diskussionspunkten und Anregungen zum neuen Ausländergesetz.

Projektgruppe Statistik

Als Vertreterin der Projektgruppe Statistik nahm die Stabsstelle an der im Dezember stattfindenden Peer Review zum Europäischen Verhaltenskodex für statistische Ämter teil.

«Alle anders – alle gleich»

Die Kampagne, welche vom Amt für Soziale Dienste und der Stabsstelle koordiniert wurde, fand in Liechtenstein am 9. Februar 2007 mit einer öffentlichen Prämierung der Projekte im Gasometer in Triesen ihren Abschluss.

Arbeitskreis Integration

Für die Mitarbeit im Arbeitskreis Integration wurden alle Ausländer/innenvereine und Nichtregierungsorgani-

sationen eingeladen, die sich mit dem Thema Integration befassen. Ein erstes gemeinsames Projekt stellte die Pressekampagne «In Liechtenstein daheim» dar, die im Rahmen des Europäischen Jahres der Chancengleichheit 2007 realisiert wurde. Vom März bis November 2007 wurden in den Landeszeitungen 14 Portraits von Zugewogenen und Einheimischen sowie vier Integrationsprojekten vorgestellt.

Anlässlich des Vernehmlassungsverfahrens zum Landesbürgerrecht wurde von der Stabsstelle eine Informationsveranstaltung für interessierte Ausländervereine und Nichtregierungsorganisationen angeboten.

Gruppe Colorida

Die Stabsstelle für Chancengleichheit begleitete gemeinsam mit der Informationsstelle «aha» (Tipps und Infos für junge Leute) eine Gruppe von Jugendlichen, die sich gegen Rechtsradikalismus und Rassismus einsetzen. Am 17. März 2007 führte die Gruppe Colorida ein Antirassismusforum in Eschen durch. Die Stabsstelle war am Forum mit Informationsmaterialien vertreten und unterstützte das Projekt finanziell.

Finanzielle Unterstützungsgesuche

Im 2007 behandelte die Stabsstelle gemeinsam mit dem Ausländer- und Passamt folgende Gesuche um finanzielle Unterstützung:

Filmreihe des Marokkanischen Vereins im TaKino, Internationales Kinderfest «23 nisan» der Türkischen Elternvereinigung, Film «Medikamentenmissbrauch bei Migrantinnen» der Zürcher Fachstelle zur Prävention des Alkohol- und Medikamentenmissbrauchs ZÜFAM.

Länderberichterstattung zur UNO – Antirassismuskonvention

Am 27. und 28. Februar 2007 stellte Liechtenstein seinen kombinierten 2. und 3. Länderbericht der UNO-Antirassismuskonvention vor dem Überwachungsausschuss (CERD) in Genf vor. Die Stabsstelle war an der Berichterstattung in Genf vertreten.

Bericht der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz

Am 14. Dezember 2007 besuchte die Europäische Kommission Liechtenstein und interviewte Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen zum Thema Rassismus und Intoleranz in Liechtenstein. Unter anderem wurde auch die Stabsstelle für Chancengleichheit befragt.

Öffentlichkeitsarbeit

Im 2007 wurden Vorträge bei verschiedenen Organisationen gehalten und diverse Zeitungsartikel verfasst. Erstmals beteiligte sich Liechtenstein auch mit einem Zeitungsbericht am internationalen Gedenktag für die Opfer der «Reichskristallnacht» und des Holocaust (9. November).

Behinderung

Sensibilisierungskampagne – Zeitungsseite «mittendrin»

Die im November 2006 von der Stabsstelle gestartete Sensibilisierungskampagne zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen wurde auch in diesem Jahr weitergeführt. Das 10-köpfige Redaktionsteam, das vorwiegend aus Menschen mit einer Behinderung besteht, veröffentlichte weitere fünf Zeitungsseiten «mittendrin».

Barrierefrei durch Liechtenstein

Allen einen problemlosen Zugang zu Gebäuden im öffentlichen Raum zu ermöglichen – dies ist die Idee des Projektes «Barrierefrei durch Liechtenstein» im Rahmen des Europäischen Jahres der Chancengleichheit. Rund 250 Gebäude in Liechtenstein, die Menschen im Alltagsleben nutzen, wurden aufgenommen. In einer Broschüre sind nach Gemeinden sortiert alle wichtigen Informationen wie Adresse, Telefonnummer, E-Mail Adresse, Öffnungszeiten und die Bewertung der Zugänglichkeit des Gebäudes zu finden. Barrierefrei durch Liechtenstein liegt auch als Online-Version www.barrierefreies.li vor.

Studie zur gesellschaftlichen Lage von Menschen mit Behinderungen

Das Liechtenstein-Institut erhielt von der Stabsstelle in Zusammenarbeit mit dem Liechtensteinischen Behinderten-Verband den Auftrag, eine Studie zur gesellschaftlichen Lage von Menschen mit Behinderung im Rahmen des Europäischen Jahres für Chancengleichheit durchzuführen. Die Zielsetzung der Studie war das Aufzeigen der Befindlichkeit/Unzufriedenheit von Menschen mit Behinderung in den verschiedenen Lebensbereichen. Dabei sollten die Bereiche Finanzen, Arbeit, Wohnen, Bildung, medizinische Versorgung, Sexualität und Partnerschaft sowie das soziale Umfeld erfasst werden.

Die Untersuchung machte deutlich, dass in Liechtenstein noch einiges zu leisten ist, um den verschiedenen Gruppen von Menschen mit Behinderungen, mit ihren jeweils unterschiedlichen Graden an Behinderung, ein diskriminierungsfreies Leben zu ermöglichen.

Sexuelle Orientierung

Im Rahmen des Europäischen Jahres der Chancengleichheit führte die Stabsstelle in Zusammenarbeit mit der Gruppe FLay eine Untersuchung zur Diskriminierung homosexueller Menschen durch. Die Untersuchung wurde mittels einer Befragung der liechtensteinischen Bevölkerung und einer Befragung bei Personen, die homosexuell sind, erstellt. Die Untersuchung zeigte auf, dass homosexuelle Menschen in Liechtenstein Diskriminierung und Stigmatisierung ausgesetzt sind. Mit der vorliegenden Untersuchung konnte ein erster Vergleich (homosexuelle und allgemeine Bevölkerung) in Feldern wie Stigmatisierung am Arbeitsplatz, Alltagsdiskriminierung, Gewalterfahrung, psychischer Stress und Suizidalität gezogen werden.

Europäisches Jahr der Chancengleichheit für alle 2007

Liechtenstein beteiligte sich am Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle. Die Stabsstelle für Chancengleichheit war gegenüber der Europäischen Kommission als nationale Koordinationsstelle eingesetzt. Auf nationaler Ebene sind die Stabsstelle und das Amt für Soziale Dienste mit der Umsetzung betraut worden. Am 12. Februar wurde in Liechtenstein das EU-Jahr eröffnet und am 10. Dezember 2007, am Tag der Menschenrechte, abgeschlossen. Die Aktionen der Stabsstelle für Chancengleichheit sind unter den jeweiligen Themenfelder beschrieben.

Armutsstudie

1997 wurde in Liechtenstein die erste Armutsstudie durchgeführt. Die Studie nach 10 Jahren zu wiederholen, bot sich im Europäischen Jahr der Chancengleichheit für das Amt für Soziale Dienste geradezu an. Das Ziel war es, weitere Erkenntnisse über die Lebensverhältnisse, insbesondere der einkommensschwachen Bevölkerungsteile, zu gewinnen.

Altersstudie

Die Hochschule St. Gallen führte eine Nationalfondsstudie zu Altersdiskriminierung durch. Liechtenstein hat die Gelegenheit erhalten, sich an dieser Untersuchung zu beteiligen. In Liechtenstein wird eine bestimmte Anzahl von Personen zu Benachteiligungen im Alter befragt. Die Projektbegleitung wird für Liechtenstein vom Amt für Soziale Dienste und dem Koordinierungsausschuss Alter wahrgenommen. Ziele sind: Untersuchung der Formen altersbezogener, negativer und positiver Diskriminierung anhand von konkreten Alltagserlebnissen betroffener Personen; Untersuchung der Verbreitung von Erlebnissen altersbezogener, negativer und positiver Diskriminierung.

Aktionen der Interessengruppen

Liechtenstein reichte zur Umsetzung des EU-Jahres eine Reihe von Aktionen bei der Europäischen Kommission ein. Die Projekte wurden vom Staat und der EU finanziell unterstützt. Alleine acht Projekte wurden von folgenden Interessengruppen vorgeschlagen:

- Der internationale Kulturabend der Inter-Chöre fand ein reges Publikumsinteresse. Russische, italienische, griechische, türkische und slowenische Tanz- und Gesangsgruppen gestalteten anfangs März einen interkulturellen Abend.
- Während Kinder ihr Wissen beispielsweise über Computerspiele an der Kinderuni der Hochschule Liechtenstein erweiterten, bildeten sich die erwachsenen Begleitpersonen im Programm BEPO zum Thema «Vorurteile» oder «Behinderung» weiter. Insgesamt wurden vier Kinderunis mit Begleitprogramm durchgeführt.
- Am 7. Juli fand das Newcomer-Festival unter dem Motto «Chancengleichheit» des Vereins der liechten-

- steinischen Jugendarbeit VLJ beim Gasometer in Triesen statt. Elf Bands stellten sich dem Wettbewerb und präsentierten einen Song zum Thema Chancengleichheit. In einer Wissensrallye zum Thema Chancengleichheit konnten kleine Preise gewonnen werden.
- Die Tagung «Wettbewerbsvorteil durch kulturelle Vielfalt» wurde am 28. September 2007 durchgeführt. Die Tagung wurde vom Europäischen Institut für interkulturelle und interreligiöse Forschung organisiert.
 - Am 3. November fand im Theater am Kirchplatz die Veranstaltung des Literaturhauses «Babylon Slam» statt.
 - Am 27. Oktober führte die Selbsthilfegruppe «UNANDERS» im Ballenlager der Spoerry Vaduz ein Fest der Begegnung mit rund 300 Personen durch.
 - Am 9. November wurde der Informationstag «Frauen und Finanzen» des Frauennetzes Liechtenstein an der Hochschule Liechtenstein durchgeführt.
 - Die evangelisch-lutherische und die orthodoxe Kirche in Liechtenstein erstellten die Homepage www.religion.li. Die Aktivitäten der Interessengruppen wurden durch die Stabsstelle für Chancengleichheit öffentlichkeitswirksam mit Zeitungsberichten und Radiospots begleitet.

Kontakte und Anregungen

Insgesamt haben sich im Berichtsjahr 164 Personen an die Stabsstelle für Chancengleichheit gewandt. Dabei waren 76 Anfragen von Privaten, 70 von Organisationen und 18 aus der Verwaltung. Es wurden nur Kontakte in die Statistik aufgenommen, die keinen Zusammenhang zu aktuellen Projekten aufweisen.

KOMMISSIONEN UND BEIRÄTE

Kommission für Chancengleichheit

Vorsitzender: Regierungssekretär Norbert Hemmerle

Die Kommission für Chancengleichheit, welche für die ämterübergreifende Koordination von Fragen der Chancengleichheit zuständig ist und die sich aus den Leiterinnen und Leitern der mit diesen Themen befassten Amtsstellen zusammensetzt, führte im Berichtsjahr sechs Sitzungen durch. Schwerpunkte bildeten die Erarbeitung eines Handlungskonzeptes zum Grundsatzpapier der Regierung zur liechtensteinischen Integrationspolitik sowie die Befassung mit den Vorlagen für ein neues Ausländergesetz und die Abänderung des Bürgerrechts, um die integrationspolitische Sicht darzustellen.

Die Kommission für Chancengleichheit hat den Entwurf für ein Grundsatzpapier zur liechtensteinischen Integrationspolitik sowie ein Handlungskonzept zu diesem Grundsatzpapier an die Regierung zur Genehmigung weitergeleitet. Das Grundsatzpapier soll als Richtschnur für alle künftigen integrationspolitischen Bemühungen gelten. Demzufolge bestimmt die Regierung auf Vorschlag der Kommission für Chancengleichheit Handlungsfelder, in denen unter Federführung der Kommission und der Stabsstelle für Chancengleichheit sowie unter Mitwirkung der Gemeinden Massnahmen zur Integrationsförderung ausgearbeitet werden. Die Kommission hat der Regierung im Berichtsjahr ein entsprechendes Handlungskonzept vorgelegt. Aufgrund der anstehenden Gesetzesvorhaben im Bereich des Ausländer- und des Bürgerrechtes, mit denen Deutschkenntnisse sowie Kenntnisse in Geschichte und Staatskunde verbindlich eingefordert werden sollen, hat sich die Kommission dafür ausgesprochen, das Handlungsfeld «Bildungswesen» als prioritär zu behandeln und das Augenmerk auf den Aufbau eines Angebotes an Integrationskursen zu richten.

Die Kommission hat zu den Vorlagen zur Abänderung des Gesetzes über die Familienzulagen hinsichtlich der Einführung einer Alleinerziehendenzulage sowie zur Abänderung des Landesbürgerrechtes Stellungnahmen zu Handen der zuständigen Regierungsressorts abgegeben.

Die Kommission befasste sich im Berichtsjahr mehrmals mit den im neuen Ausländergesetz vorgesehenen Integrationsbestimmungen, insbesondere mit Fragen in Zusammenhang mit der Integrationsförderung, dem Abschluss einer Integrationsvereinbarung und den organisatorischen Strukturen. Die im Rahmen der Diskussionen gemachten Anregungen wurden über den Leiter des Ausländer- und Passamtes an das Ressort Präsidium weitergeleitet. Zu Handen des Ressorts Familie und Chancengleichheit wurde ein Entwurf für die Beantwortung der Motion betreffend die Integration von ausländischen Staatsangehörigen erarbeitet. Die zuständigen Ressorts wurden er sucht, das neue Ausländergesetz und die Abänderung des Landesbürgerrechtes dem Landtag gemeinsam mit der Motionsbeantwortung zu unterbreiten.

Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann

Vorsitzende: Martha Spiegel

Die Kommission trat im Berichtsjahr zu
– neun Sitzungen als Gesamtkommission zusammen.

Arbeitsschwerpunkte

Die Kommission setzte sich im Hinblick auf die Gemeinderatswahlen 2007 folgendes Ziel:

Je 1 Frau als Vorsteherin im Unter- und Oberland sowie die Erhöhung des Frauenanteils in den Gemeinderäten von 30 % auf 40 %.

Die Kommission führte zur Zielerreichung bereits im Jahre 2006 diverse Massnahmen bzw. Veranstaltungen durch. Im Januar 2007 wurden alle Kandidatinnen für die Gemeinderatswahl 2007 in den Landeszeitungen präsentiert «Wer Frauen will, wählt Frauen – Frauen in der Politik – Geben Sie den Frauen Ihre Stimme.»

Die Kommissionspräsidentin hat an der Gesprächsrunde des Radio L vom 21.01.2007 zum Thema «Frauen in politischen Gremien» teilgenommen.

Die Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann hat die Gemeindewahlen 2007 ausgewertet und dabei festgestellt, dass – obwohl der Frauenanteil in den Gemeinderäten nur 27.3 % beträgt und somit das Ziel der Kommission nicht erreichte wurde – sich die Wahlchancen der Frauen bei diesen Wahlen auf 55 % erhöht haben.

Auf eine mündliche Nachwahlbefragung der Kandidatinnen wurde schlussendlich verzichtet, da diese von den einzelnen Parteien durchgeführt wurde und sich für die mündliche Befragung durch die Kommission zu wenig Kandidatinnen zur Verfügung stellten. Stattdessen wurde eine kurze schriftliche Nachwahlbefragung durchgeführt und ausgewertet.

Im Januar 2007 wurde von der Kommission in einem Brief an die Vorstandsmitglieder aller Ortsgruppen auf die bevorstehenden Besetzungen von Gemeindegemeinschaften aufmerksam gemacht und um deren Unterstützung zur Erreichung des Ziels der Kommission von 40 % Frauenanteil gebeten. Es wurde den einzelnen Ortsgruppen eine Statistik der Entwicklung des Frauenanteils in ihrer Gemeinde in den Jahren 1991 bis aktuell sowie eine differenzierte Auszählung der Mandatsperiode 2003 bis 2007 übergeben.

Es wurde auf Grund der positiven Rückmeldungen der Kursbesucherinnen wiederum beschlossen, einen Politiklehrgang für Frauen in Zusammenarbeit mit dem Frauenreferat der Vorarlberger Landesregierung anzubieten und durchzuführen.

Zielgruppe sind Frauen, die in Institutionen, Parteien, öffentlichen Gremien, Organisationen etc. aktiv sind oder sich künftig engagieren wollen. Der Politiklehrgang will Frauen befähigen und ermutigen, ihre Anliegen und Potenziale in politischen Gremien und in der Öffentlichkeit einzubringen.

Der Politiklehrgang 2007 konnte am 01.12.2007 mit der Zertifikatsübergabe abgeschlossen werden.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt waren die Landtagswahlen 2009. Es wurden diverse Vorschläge auf deren Durchführbarkeit überprüft und beschlossen, wiederum einen Politiklehrgang im Jahre 2008 durchzuführen. Weiters wird ein Medien- und Rhetoriktraining sowie ein Salongespräch mit der Erwachsenenbildung durchgeführt. Verschiedene Projekte in der Öffentlichkeitsarbeit wurden vorbereitet und werden im Jahre 2008 durchgeführt.

Die Stabstelle für Chancengleichheit und die Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann organisierten themenzentrierte Gesprächsrunden mit den weiblichen Landtagsabgeordneten. Die erste Veranstaltung fand am 12. März 2007 zum Thema Gewaltschutzrecht, eine weitere am 5. November 2007 zum Thema Familie und Erwerb, statt.

Weiters befasste sich die Kommission mit der Abänderung des Erbrechts und unterzeichnete an der Veranstaltung «Frau und Finanzen» vom 9. November 2007 den entsprechenden Antrag an die Regierung mit.

Vernehmlassungen

Im Rahmen der im Jahre 2007 durchgeführten Vernehmlassungsverfahren befasste sich die Kommission für die Gleichstellung von Mann und Frau mit der

- Alleinerziehendenzulage
- Abänderung des Gesetzes über die Familienzulagen und gab zusammen mit der Stabstelle für Chancengleichheit gemeinsame Stellungnahmen an die Regierung ab.

Teilnahme an Tagungen / Veranstaltungen

- 8. März – Tag der Frau
- Veranstaltungen zum Europäischen Jahr der Chancengleichheit
- Vortrag Frauenpolitik – Einblicke und Ausblicke

Jugendrat

Vorsitzender: Dr. Marcus Büchel

Der Jugendrat ist aufgrund des Jugendgesetzes ermächtigt, Massnahmen der freiwilligen Einzelhilfe anzuordnen sowie Massnahmen der gesetzlichen Einzelhilfe beim Landgericht zu beantragen. Im Berichtsjahr befasste sich der Jugendrat mit einem sehr komplexen Fall, in welchem er eine Fremdplatzierung der Kinder als pflegschaftsgerichtliche Massnahmen beantragte.

Der Jugendrat hat in seiner Stellungnahme vom 30.3.2006 die Reformen des Kinder- und Jugendgesetzes begrüsst, denzufolge es auch zur Auflösung des Jugendrates und Übertragung seiner Aufgaben an das Amt für Soziale Dienste gekommen wäre. Aufgrund Nichteintretens des Landtages auf die Vorlage wird der Jugendrat seine bisherigen Aufgaben weiterhin wahrnehmen zu haben.